

Rot-Rot-Grün dominierter Parlamentsausschuss in Potsdam missachtet Bürgerwillen!



Pressemitteilung der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“

**Der große Demokrat, Stephane Hessel,
der unser Grundgesetz mitverfasste,
hat die Bürger aufgerufen: „Wehrt
euch!“ Lasst Euch nicht wieder Stück
für Stück Eure demokratischen Rechte
wegnehmen.**

**Heute haben wir solch einen
Tatbestand. Die Rot-Rote Koalition und
die Grünen hatten den Ausschuss für
Infrastruktur und Landschaftsplanung
aufgefordert, die Forderungen der
Bürger, unterlegt mit 30.259
Unterschriften, nach größeren
Abständen der Windkraftanlagen zu**

**Wohnbebauungen und keine
Windkraftanlagen in unseren Wäldern zu
errichten, abzulehnen!**

**Die Abgeordneten im Fachausschuss
sollen eigentlich unabhängig und
sachkundig die Anhörung der
Bürgervertreter und deren begründete
Forderungen nach bestem Wissen und
Gewissen auswerten und unbeeinflusst
ihre Empfehlung an den Hauptausschuss
des Landtages geben.**

**In diese Regelung will die
Landesregierung eingreifen und den
Ausschuss bewegen, eine politische
Entscheidung zu treffen, die
ausschließlich der Bestandserweiterung
der Windkraftinvestoren für weitere 20
Jahre dienen würde zu Lasten der
Gesundheit von uns Bürgern, der
Brandenburger Kulturlandschaft, der
Natur und unseres Geldbeutels.**

**Mit Windkraft haben wir keine
Versorgungssicherheit und trotzdem in**

Brandenburg mit die höchsten Stromkosten in der Welt und diese würden weiter steigen – eine Spitzenleistung auf die wir gern verzichten.

Wie verlässlich funktioniert unser Staatssystem im Land Brandenburg noch? Das haben wir heute, am 10.09.2015 erfahren:

Stimmen der Ausschussmitglieder:

Volksinitiative x AfD)	ja -Stimmen zur 3 (2 x CDU/1
-----------------------------------	---

zur Volksinitiative x Linke/ 1 x Grüne)	nein-Stimmen 5 (3 x SPD/1
--	--------------------------------------

Enthaltungen

keine

Wie es scheint, hat die Koalition

ihren Druck auf die eigenen Abgeordneten erfolgreich ausgeübt.

Nun wird es sich zur Landtagssitzung am 23.09. – 25.09.2015 zeigen, ob sich die Abgeordneten mit der neuen Stimmung zum weiteren Windkraftausbau im Lande bewusst auseinander gesetzt haben und einem sofortigen Moratorium zustimmen. Der Landesvorstand der SPD hatte am 07.07.2015 ohnehin eine Überarbeitung der Energiestrategie 2030 angekündigt, die ist bereits heute überfällig!

Die Vertreter der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ sind vorbereitet, im Falle einer Ablehnung ihrer Forderungen im Landtag ein entsprechendes Volksbegehren auf den Weg zu bringen.

Die Landesregierung hätte dann mit Massentierhaltung, Fluglärm und Windkraftausbau drei Volksbegehren herausgefordert – ein trauriger

Rekord.

Thomas Jacob

**1. Sprecher der Volksinitiative „Rettet
Brandenburg“**